

## Ergebniszusammenfassung der Mitte-Studie 2022/23

### Die Mitte auf Distanz zur Demokratie?

Vor dem Hintergrund von Krisen und Konflikten ist die Unsicherheit in der Bevölkerung hoch. Über die Hälfte der Befragten sieht Deutschland stark von Krisen betroffen (55 %) und ein Großteil fühlt sich angesichts der multiplen Krisen unsicher (42 %). Ein Teil der Mitte fordert aufgrund dessen autoritäre Lösungen und läuft Gefahr, sich von der Demokratie zu distanzieren:

»Die aktuelle Krisensituation, die von den Folgen der Pandemie, des Klimawandels, der Inflation, dem Krieg in der Ukraine und anderen Herausforderungen geprägt sind, wirken sich auf distanzierte Einstellungen gegenüber der Demokratie aus. Das Vertrauen in sie und ihre Institutionen sinkt und nationalistisch geprägte Gesellschaftsvorstellungen werden attraktiver.« (Prof. Dr. Andreas Zick, Universität Bielefeld)

Vergangene Krisen haben zum Zweifel an der Demokratie als Regierungs- und Gesellschaftsform beigetragen und gingen zuletzt während der Coronakrise auch mit Delegitimierungen der Demokratie einher. Eine stärkere, allgemeine Krisenwahrnehmung begünstigt unter den Befragten 2022/23 eher einen Bewältigungsmodus, der sich durch eine Rückbesinnung auf das Nationale sowie die Forderung zur sozialen Schließung und Ungleichbehandlung auszeichnet, während die Forderung nach einer »offenen«, solidarischen und wissenschaftsorientierten Gesellschaft unwahrscheinlicher wird. Dies geht mit einer höheren Zustimmung zu demokratiegefährdenden Einstellungen einher. Trotz verbreiteter Krisenwahrnehmung findet der öffnende Krisenmodus am meisten Zuspruch unter den Befragten.

Zustimmung zu unterschiedlichen Krisenmodi (Angaben in Prozent)

Tabelle 7.2

Ich stimme ... →	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	teils/teils	... eher zu	... voll und ganz zu
<b>»Schließender Krisenmodus«</b> (M = 3,44; SD = ,84; n = 2.009; α = ,76)					
Es kommt jetzt vor allem darauf an, dass ...					
... wir unsere alten Tugenden aufleben lassen.	9,0	15,0	29,0	27,4	19,6
... Deutschland zuerst die eigenen Interessen durchsetzt.	8,1	15,6	27,3	23,8	25,1
... die Grenzen stärker kontrolliert werden.	11,6	14,1	21,8	20,7	31,7
... das deutsche Volk seine Stärke zeigt.	10,1	11,4	27,9	26,3	24,3
... die Leistungsträger unserer Gesellschaft belohnt werden.	7,5	13,6	32,4	27,3	19,1
... die Jugend mehr in die Pflicht genommen wird.	4,7	12,9	25,4	30,0	27,0
<b>»Öffnender Krisenmodus«</b> (M = 4,00; SD = ,76; n = 2.022; α = ,58)					
... wir alle zusammenhalten.	1,6	4,6	14,7	25,5	53,5
... die Gesellschaft solidarisch mit den Schwächsten ist.	2,9	6,0	22,6	26,4	42,1
... auf die Experten und die Wissenschaft gehört wird.	3,3	6,9	27,6	33,8	28,4

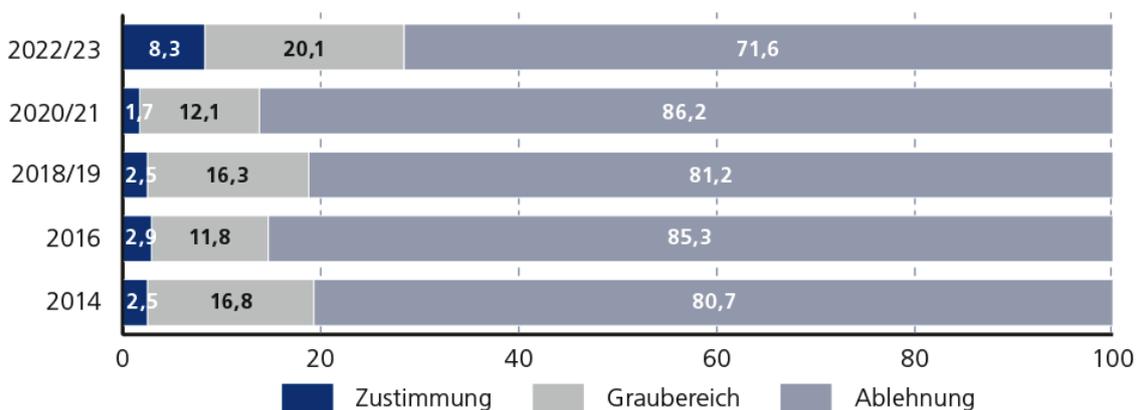
Anmerkungen M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha.

Ernstgenommen werden sollte vor allem der erhebliche Anstieg rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung. Jede zwölfte Person in Deutschland teilt ein rechtsextremes Weltbild (8 %). Dabei befürworten über 6 % eine Diktatur mit einer einzigen starken Partei und einem Führer für Deutschland (2014-2021: 2-4 %). Über 16 % behaupten eine nationale Überlegenheit Deutschlands, fordern »endlich wieder« Mut zu einem starken Nationalgefühl und eine Politik, deren oberstes Ziel es sein sollte, dem Land die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zustehe (2014-2021: 9-13 %). Zudem vertreten die Befragten mit fast 6 % vermehrt sozialdarwinistische Ansichten und stimmen z.B. der Aussage zu: »Es gibt wertvolles und unwertes Leben.« (2014-2021: 2-3 %). Auch der Graubereich

zwischen Ablehnung und Zustimmung zu den rechtsextremen Einstellungen ist jeweils deutlich größer geworden. Die politische Selbstverortung von Befragten hat rechts der Mitte mit 15,5 % ebenfalls von zuvor knapp 10 % deutlich zugenommen.

»Mehr Menschen in der Mitte stimmen rechtsextremen Einstellungen zu als in den Vorjahren. Es sind keine Mehrheiten, aber es ist eine Mitte, die in Krisenzeiten mehr Halt im Nationalchauvinismus, einer Befürwortung von Diktatur, einem völkischen Sozialdarwinismus und Herabwürdigungen von Minderheiten sucht. Mitten in globalen Krisen suchen mehr Menschen Halt in einem rechtsautoritären Nationalismus.« (Prof. Dr. Andreas Zick, Universität Bielefeld)

**Manifest rechtsextremes Weltbild in Deutschland 2014–2023 (Angaben in Prozent) Abb. 3.4**



Die Demokratie in Deutschland kann zwar weiterhin auf eine absolute Mehrheit einer nicht-rechtsextremen Mitte bauen; diese schrumpft jedoch. Die Befunde und der Trend höherer Zustimmung weisen auf eine Normalisierung rechtsextremer Positionen hin, die nicht zuletzt auch im Graubereich der Einstellungen als Grundrauschen auf eine Funktionsstörung des demokratischen Systems und auf eine Mitte hindeuten, die in den letzten Jahren in die Defensive geraten ist. Die rechtsextremen Einstellungen stehen darüber hinaus in engem Zusammenhang zur Billigung und Rechtfertigung von politischer Gewalt. 13 % der Befragten sind z.B. der Auffassung, einige Politiker:innen hätten es verdient, wenn »die Wut gegen sie« in Gewalt umschlägt (2020/21: 5 %). Daher sollten die vorliegenden Befunde nicht nur auf der Einstellungsebene bewertet werden.

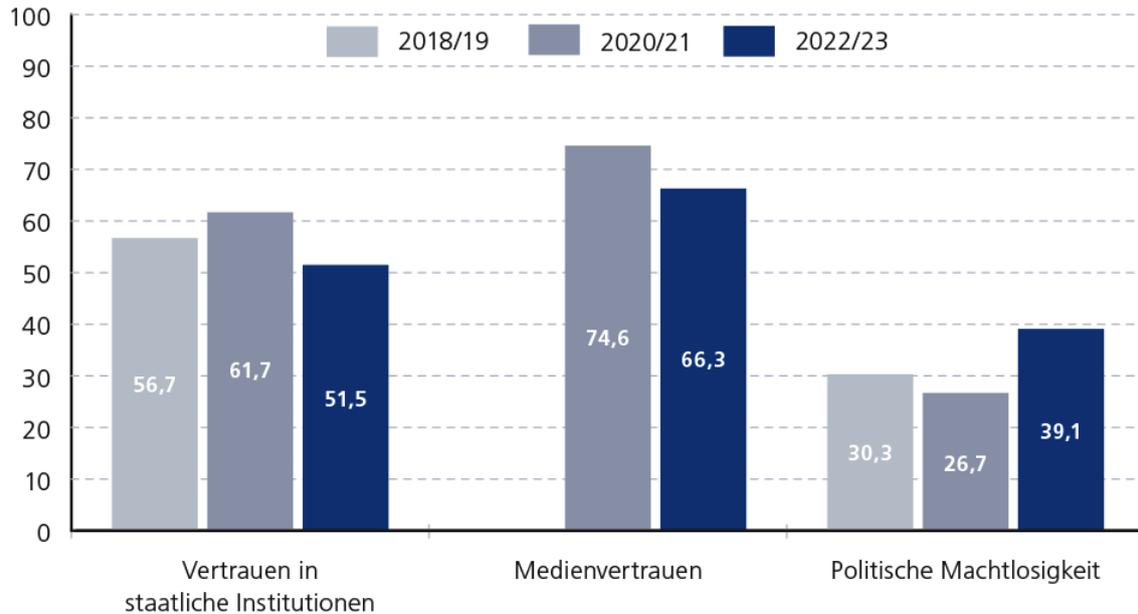
### Ein Teil der Mitte distanziert sich von der Demokratie, ein Teil radikalisiert sich

Das Vertrauen in die Institutionen und in das Funktionieren der Demokratie sinkt auf unter 60 %. Ein erheblicher Teil der Befragten vertritt verschwörungsgläubige (38 %), populistische (33 %) und völkisch-autoritär-rebellische (29 %) Positionen. Im Vergleich zur Befragung während der Coronapandemie 2020/21 ist dies ein Anstieg um rund ein Drittel und auch zum Jahr 2018/19 ist der Anteil potenziell demokratiegefährdender Positionen gestiegen. So denken beispielsweise inzwischen 32 %, »die Medien und die Politik würden unter einer Decke stecken« (2020/21: 24 %). Zudem stimmen in der aktuellen Mitte-Studie mit 30 % fast doppelt so viele Befragte wie noch vor zwei Jahren der Aussage zu: »Die regierenden Parteien betrügen das Volk.« und ein Fünftel meint: »Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.« (2020/21: jeweils 16 %). Die hohe Anfälligkeit für Rechtsextremismus, Populismus und Verschwörungsmythen können den Weg in eine demokratiefeindliche Radikalisierung öffnen. Dabei droht bereits aufgrund eines Mangels an

politischem Vertrauen wie auch dem Gefühl mangelnder politischer Selbstwirksamkeit die demokratische Kultur von rechts außen vereinnahmt zu werden: »Wer der Demokratie misstraut, ist offen für populistische Angebote und auch für rechtsextreme Ideologie.« berichtet Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein.

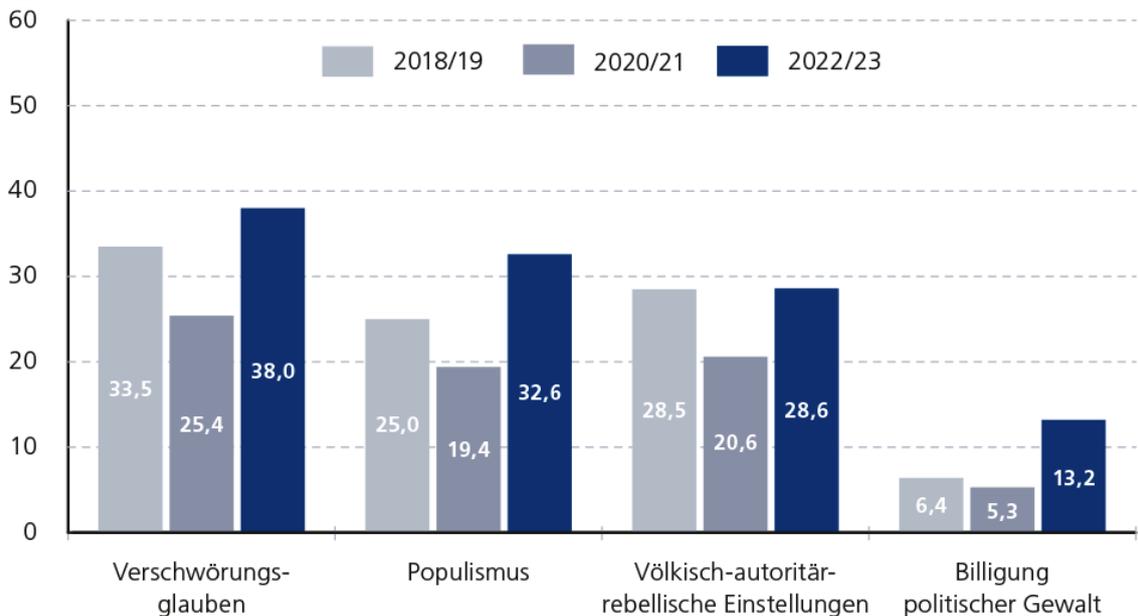
**Demokratie- und Medienvertrauen sowie politische Machtlosigkeit im Zeitvergleich 2018–2023** (Angaben in Prozent)

Abb. 4.4a



**Demokratiegefährdende Einstellungen im Zeitvergleich 2018–2023** (Angaben in Prozent)

Abb. 4.4b



**Anmerkungen** Für den Zeitvergleich wurden die Indizes nur mit Aussagen gebildet, die in allen Jahren erfasst wurden, wodurch es zu leichten Abweichungen gegenüber den jeweils bereits berichteten Prozentsätzen kommt.

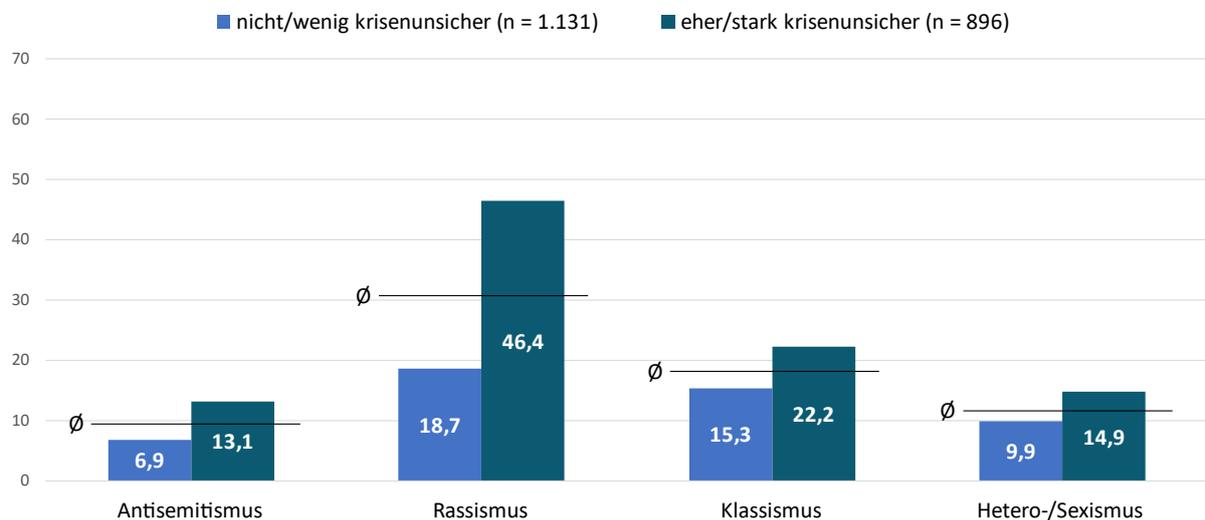
### Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wieder auf hohem Niveau

Nachdem die menschenfeindlichen Abwertungen während der Hochphase der Coronapandemie 2020/21 etwas zurückgegangen waren, ist die Mitte 2022/23 Minderheiten in der Gesellschaft gegenüber auffällig feindselig und diskriminierend eingestellt. 34 % der Befragten meinen, Geflüchtete kämen nur nach Deutschland, um das Sozialsystem auszunutzen.

16,5 % unterstellen jüdischen Menschen, heute ihren Vorteil aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen zu wollen. Weitere 19 % schließen sich diesem Vorwurf teilweise an – diese ambivalenten und uneindeutigen Haltungen gegenüber antisemitischen Positionen wie auch anderen Formen von Abwertungen und Vorurteilen nehmen zu. 17 % machen die Identität von Trans\* Menschen verächtlich und rund 11 % fordern, Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen. Auch Klassismus als Abwertung aufgrund des sozialen Status von Menschen ist weit verbreitet. Etwas mehr als ein Drittel teilt etwa die Auffassung, Langzeitarbeitslose würden sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen (35 %).

Dabei sind die gruppenbezogenen Abwertungen mit der aktuellen Erhebung in neuer Form systematisiert worden, die es erlaubt vier grundlegende Abwertungsmuster bzw. Dimensionen der Menschenfeindlichkeit zu unterscheiden: Rassismus, Antisemitismus, Hetero-/Sexismus (Abwertung von LGBTIQ-Personen und Befürwortung traditioneller Geschlechterrollen) und Klassismus (Form der Abwertung von Menschen aufgrund ihres sozioökonomischen Status). Insbesondere bei höherer Krisenwahrnehmung nimmt die Zustimmung zu rassistischen, hetero-/sexistischen und antisemitischen Aussagen zu, während klassistische Einstellungen unabhängig von einer solchen Krisenwahrnehmung weit verbreitet sind. Erklärungen für Unterschiede in den Abwertungsformen bieten hier autoritäre und dominanzorientierte Überzeugungssysteme. Der Studienleiter Prof. Dr. Andreas Zick betont:

»Gerade in Krisenzeiten, in denen die Ungewissheit auch zur Frage nach der Funktionsfähigkeit der Demokratie überkommen kann, kommt es auf eine Mitte an, die die Demokratie nicht grundsätzlich in Frage stellt, sondern in ihren Grundwerten stärkt. Dass nun vor allem die nächste Mitte-Generation durch stärkere rechte und menschenfeindliche Zustimmungen auffällt, lässt an einer langfristigen Stabilität der liberalen Demokratie zweifeln.«



Ablehnung bzw. Zustimmung zu den Aussagen  
Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2022/23 (Angaben in Prozent)

Tabelle 5.1

Ich stimme ... →	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	teils/teils	... eher zu	... voll und ganz zu
<b>Rassismus</b> (M = 2,83; SD = 1,04; n = 2.023; $\alpha = ,82$ )					
Die meisten Flüchtlinge kommen nur hierher, um das Sozialsystem auszunutzen.	19,1	17,4	29,3	15,1	19,0
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	41,1	17,7	23,0	9,7	8,4
Sinti und Roma neigen zu Kriminalität.	23,6	22,1	25,8	16,9	11,5
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufriedengeben.	8,6	13,8	29,9	27,4	20,2
<b>Antisemitismus</b> (M = 1,98; SD = 1,00; n = 1.973; $\alpha = ,79$ )					
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.	44,8	20,0	18,8	8,8	7,7
Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	68,0	14,0	10,8	4,1	3,1
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.	40,2	20,2	24,2	10,1	5,3
<b>Hetero-/Sexismus</b> (M = 1,97; SD = 1,00; n = 2.022; $\alpha = ,81$ )					
Ich finde es albern, wenn ein Mann lieber eine Frau sein will oder umgekehrt, eine Frau lieber ein Mann.	50,8	15,7	16,8	7,5	9,3
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	56,3	12,7	14,8	8,3	7,9
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	58,3	16,7	14,4	7,1	3,5
Bei der Gleichberechtigung geht es eigentlich darum, dass Frauen mehr Macht bekommen als Männer.	48,8	20,9	18,1	7,9	4,3
<b>Klassismus</b> (M = 2,50; SD = ,95; n = 2.025; $\alpha = ,77$ )					
Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemeres Leben.	17,7	16,2	31,2	17,2	17,6
Empfänger von Sozialhilfe und Bürgergeld neigen zu Faulheit.	24,9	19,7	32,5	14,7	8,2
Arme Menschen können nicht mit Geld umgehen.	42,7	28,2	20,3	5,8	3,0
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	32,8	25,1	22,4	10,9	8,9

Anmerkungen M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten;  
 $\alpha$  = Cronbachs Alpha.

## Mysterium Ausländerbehörde und die Abwertung von Geflüchteten

Die Krisen sind auch in Ausländerbehörden deutlich spürbar, wie Souad Lamroubal in der Mitte-Studie berichtet. Integration scheidet dabei nicht immer an den Betroffenen, sondern aktuell auch an fehlenden Strukturen und einem problematischen Umgang mit Machtverhältnissen, der eine Form des strukturellen Rassismus verstärkt. Für diese Situation muss die Zivilgesellschaft auch sensibel sein, um die Verantwortung für vermeintlich »gescheiterte Integration« nicht auf die fehlende Bereitschaft von Betroffenen zurückzuführen. Die menschliche Komponente kommt dabei oft zu kurz. Die jeweilige Bleibeperspektive entscheidet über Möglichkeiten der Integration und Integrationshemmnisse werden auch durch die enormen Überlastungen in Ausländerbehörden verursacht. Die Umsetzung eines Chancenaufenthaltsrecht für Geduldete ist aufgrund von Überlastungen nur sehr begrenzt möglich und führt zu Frust und Perspektivlosigkeit bei Betroffenen und den Behördenkolleg:innen. So hängen Möglichkeiten für Geflüchtete vor allem von ihrer Bleibeperspektive ab. Die zusätzliche Überlastung der Behörden und die daraus resultierende fehlende Umsetzung von gesetzlichen Grundlagen können ihrerseits demokratiegefährdend sein. Für die Initiierung von Verbesserungsprozessen braucht es ein bundesweites Konzept im Umgang mit der Situation in Ausländerbehörden, die zeitnah zur Entlastung von Mitarbeiter:innen und Betroffenen führt. Souad Lamroubal hebt diesbezüglich hervor:

»Es gibt in der Gesellschaft unterschiedliche Ansprüche an eine funktionierende Verwaltung. Für die einen funktioniert eine Ausländerbehörde, wenn diese sich hauptsächlich dafür einsetzt, Migration weitestgehend zu begrenzen und zu selektieren, um Gefahren zu reduzieren. Für die anderen funktioniert sie, wenn wir Vielfalt fördern durch eine Willkommenskultur in Behörden.«

Zustimmung zur nachrangigen Behandlung von Neuhinzukommenden durch den Staat | Zustimmung zur Diskriminierungserfahrung von Minderheiten  
(Angaben in Prozent)

Tabelle 6.2

Trifft ... →	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	teils/teils	... eher zu	... voll und ganz zu
<b>Staatliche Nachrangigkeit Neuhinzukommender (M = 2,95; SD = 1,20; n = 2.015; α = ,82)</b>					
Der deutsche Staat kümmert sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche.	17,0	17,9	23,7	18,4	23,0
Die Verwaltung sollte die Angelegenheiten von Deutschen mit Vorrang behandeln.	26,1	19,2	23,4	14,7	16,6
Wer zu uns nach Deutschland kommt, darf sich nicht beschweren, wenn ihre Angelegenheiten bei Behörden auch schon einmal länger dauern.	20,8	16,5	25,6	18,0	19,1
<b>In Deutschland werden ethnisch-kulturelle und religiöse Minderheiten diskriminiert.</b>					
	17,2	22,9	33,9	17,9	8,2

Anmerkungen M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha.

Die Ungleichbehandlung von Zugewanderten wird nicht nur durch Behörden praktiziert, sondern auch von der Mitte gefordert und gefördert. In der aktuellen Mitte-Studie 2022/23 hat jeweils etwa ein Drittel der Befragten eingeschätzt, wie gut sie es finden, dass Deutschland viele Geflüchtete aus Afrika, Syrien und der Ukraine aufgenommen hat. Hier zeigt sich ein klares Bild: Geflüchtete aus der Ukraine werden gegenüber den anderen beiden Gruppen klar bevorzugt. Die geringste Zustimmung wurde gegenüber Geflüchteten aus Afrika geäußert:

»Dass offenkundig die Region der Welt, aus der Menschen nach Deutschland geflüchtet sind, so eine Rolle dafür spielt, wie willkommen sie hier sind, ist ein alarmierendes Zeichen für die Demokratie und eine bittere Nachricht für Menschen aus Syrien oder Afrika, die aufgrund von Krieg, Verfolgung oder anderen Notlagen ihre Heimat verlassen mussten, um Schutz und Sicherheit zu suchen.« (Dr. Jens Hellmann, Universität Bielefeld)

Interessant ist hierbei auch, dass im Zeitverlauf der letzten beiden Erhebungen 2018/19 und 2020/21 die Zustimmung zur Notwendigkeit des Engagements für eine vielfältige und offene Gesellschaft sinkt, während die Forderung von Etabliertenvorrechten steigt. Dies spiegelt sich teilweise auch in einem Anspruchsdenken in der Bevölkerung wider, nach dem 11 % der Befragten meinen, dass ihnen und Menschen wie ihnen mehr zustehe als anderen. In Ostdeutschland ist das Anspruchsdenken stärker verbreitet als in Westdeutschland. Bei Befragten mit Anspruchsdenken gibt es auch höhere Zustimmungswerte zu Rassismus, Klassismus, Hetero-/ Sexismus und Antisemitismus als bei Befragten ohne Anspruchsdenken. Ebenso zeigt sich insbesondere bei Sympathisant:innen von AfD ein höheres Ausmaß von Anspruchsdenken als bei Sympathisant:innen anderer Parteien.

Ablehnung bzw. Zustimmung zu den Aussagen des Anspruchsdenkens  
(Angaben in Prozent)

Tabelle 11.1

Ich stimme ... →	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	teils/teils	... eher zu	... voll und ganz zu
<b>Anspruchsdenken (M = 1,92; SD = 1,02; n = 1.063; α = ,89)</b>					
Menschen wie mir steht mehr zu als anderen.	45,9	24,9	20,0	7,0	2,1
Menschen wie ich verdienen eine bessere Behandlung als andere.	50,1	24,3	15,3	7,6	2,7

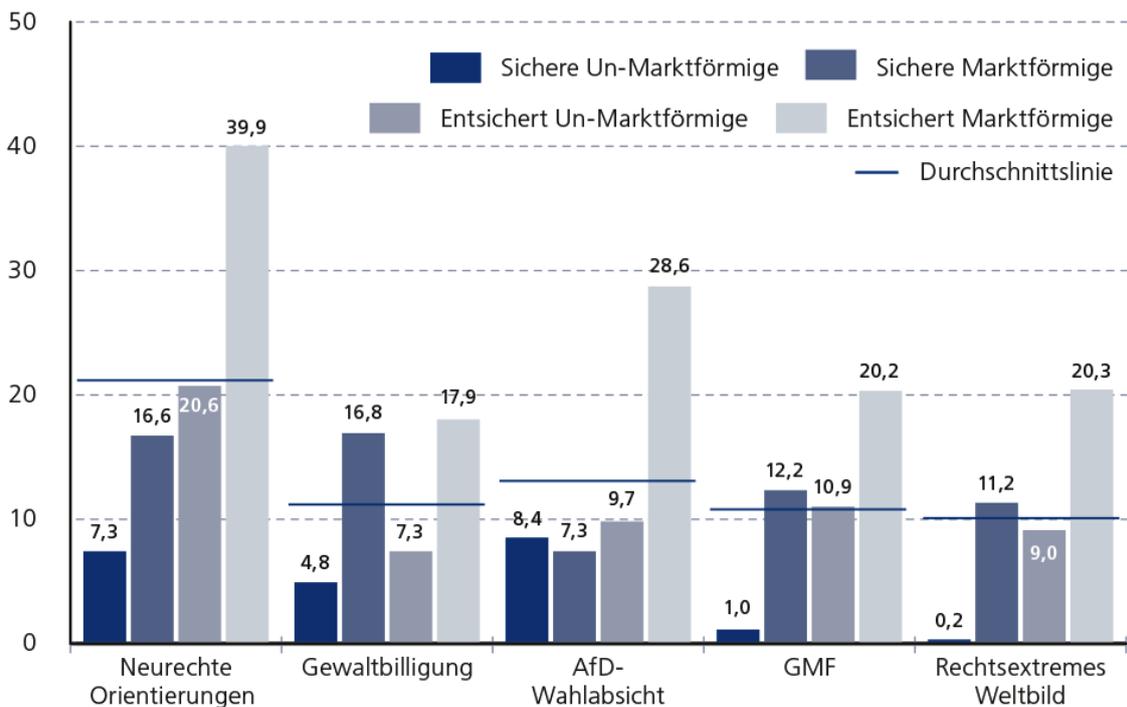
Anmerkungen M = arithmetischer Mittelwert; SD = Standardabweichung; n = Anzahl der Befragten; α = Cronbachs Alpha.

## Krise, Unsicherheit und unternehmerischer Universalismus

Das lange Zeit als sicher geglaubte Versprechen der wettbewerbsorientierten Leistungsgesellschaft wird angesichts der zahlreichen Krisen zunehmend brüchig und der aktuelle Zuspruch unter den Befragten zu entsprechenden Leitbildern geht deutlich zurück im Vergleich zu den Vorjahren (2014: 59 %; 2016: 65 %; 2023: 35 %). Eine »entsicherte Marktformigkeit«, d.h. eine Identifikation mit erfolgs- und wettbewerbsorientierten Leitbildern in Kombination mit wahrgenommener Entsicherung in Folge

aktueller Krisen, befördert einen libertären Autoritarismus, der besonders anschlussfähig für Verschwörungsgläubigkeit, Demokratiemissachtung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechte Ideologien ist. Knapp 20 % der Befragten fallen in die Gruppe der sogenannten ›entsichert Marktformigen‹, die sich zwar aus einem großen Teil an Personen in prekären und benachteiligten Verhältnissen zusammensetzt – jedoch keineswegs ausschließlich, wie Prof. Dr. Eva Groß und Dr. Andreas Hövermann hervorheben: »Es sind insbesondere gefühlte Krisenerfahrungen und damit verbundene Ent Sicherungen, die besonders die Erfolgs- und Leistungsidentifizierten auch und gerade in der Mitte der Gesellschaft ins Autoritäre und Illiberale driften lassen«. Die entsicherte Marktformigkeit ist vielmehr Teil der Mittelschichten der Gesellschaft. Die Soziologin Amelie Nickel ergänzt jedoch: »Politisch repräsentiert fühlen sich die entsichert Marktformigen am ehesten noch bei der AfD.«

**Zustimmung zu neurechten Orientierungen, Gewaltbilligung, AfD-Wahlabsicht, GMF und rechtsextremem Weltbild in den vier Gruppen (Angaben in Prozent) Abb. 8.4**



**Anmerkungen** n = 1.067 | Die zu den Säulen horizontal eingezeichneten Linien zeigen zum Vergleich den durchschnittlichen Anteil der Zustimmung aller Befragten auf den jeweiligen Skalen an. Lesebeispiel: 39,9 % der entsichert Marktformigen teilen neurechte Orientierungen, während dies 7,3 % der sicheren Un-Marktförmigen tun. Unter allen Befragten sind es 38,4 %. Signifikanzen: Neurechte Orientierungen (entsichert Marktformige > alle anderen\*\*\*); Gewaltbilligung (entsichert Marktformige, sichere Marktformige > entsichert Un-Marktförmige, sichere Un-Marktförmige\*\*\*); AfD-Wahlabsicht (entsichert Marktformige > alle anderen\*\*\*); GMF (entsichert Marktformige > alle anderen\*\*); Manifest rechtsextremes Weltbild (entsichert Marktformige > alle anderen\*\*\*) | n = Anzahl der Befragten. \*\* = p ≤ ,01; \*\*\* = p ≤ ,001.

## Der Ukrainekrieg und die Mitte zwischen Pazifismus und Militarismus

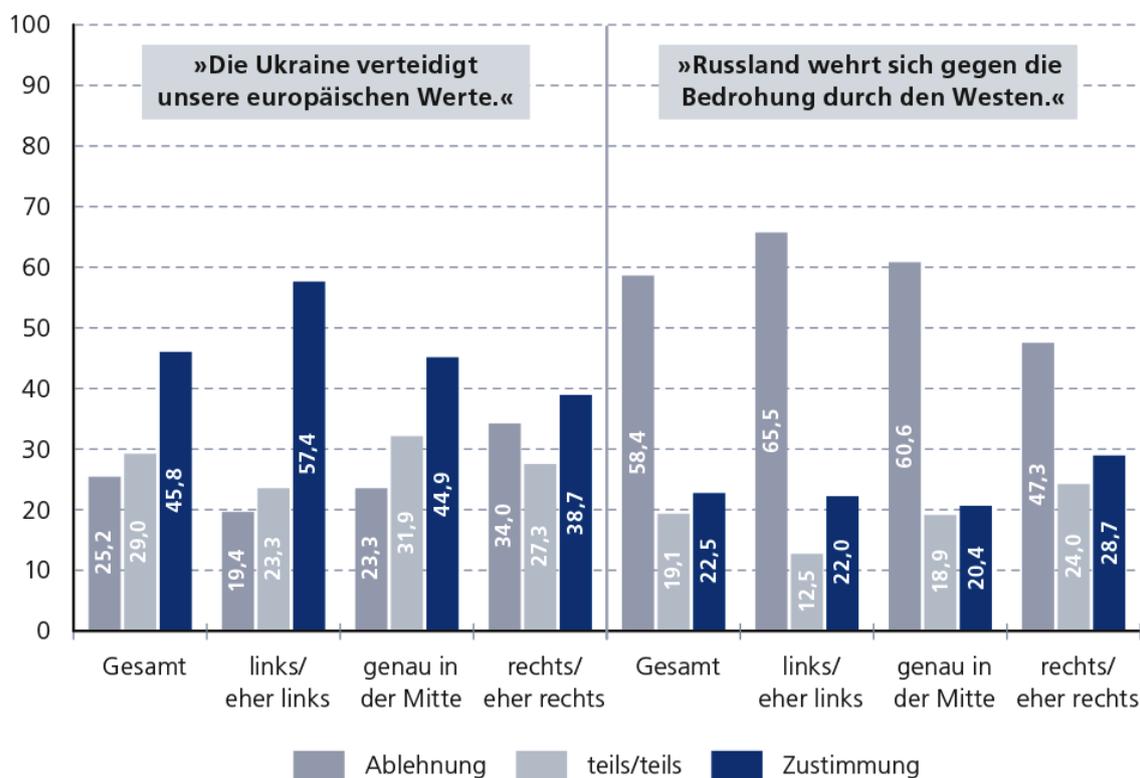
In Bezug auf die Einstellungen zum Ukraine-Krieg und die grundsätzliche außenpolitische Orientierung Deutschlands gibt es eine parteipolitische Grenzen übergreifende, starke Mitte. Rechts der Mitte ist das Gefühl deutlich stärker ausgeprägt, dass Russland auf eine Bedrohung durch den Westen reagiert und in der Ukraine nicht europäische Werte verteidigt werden. Die außenpolitische Grundorientierung der Mitte bleibt stark auf europäische und transatlantische Kooperation konzentriert. Sorgen vor Folgen des Krieges und Populismusneigung gehen deutlich miteinander einher:

»Wir sehen in Bezug auf die Einstellungen zum Ukraine-Krieg und die grundsätzliche außenpolitische Orientierung Deutschlands heute eine starke, parteipolitische Grenzen überformende Mitte. Affinität zu Populismus sowie eine rechte und stark linke politische Orientierung markieren hier die deutlichen Gegenpole. Die Ablehnung der Unterstützung der Ukraine oder auch einer starken Westbindung Deutschlands insgesamt geht damit oftmals auch mit ablehnenden Haltungen zum demokratischen System einher.« (Prof. Dr. Mathias Albert, Universität Bielefeld und Dr. Lena Hilkermeier, Ev. Hochschule RWL)

### »Die Ukraine verteidigt unsere europäischen Werte.« und »Russland wehrt sich gegen die Bedrohung durch den Westen.« Gesamt und nach politischer Selbstverortung

(Angaben in Prozent)

Abb. 9.5



## Die Mehrheit der Bevölkerung hat eine klimapolitisch progressive Haltung

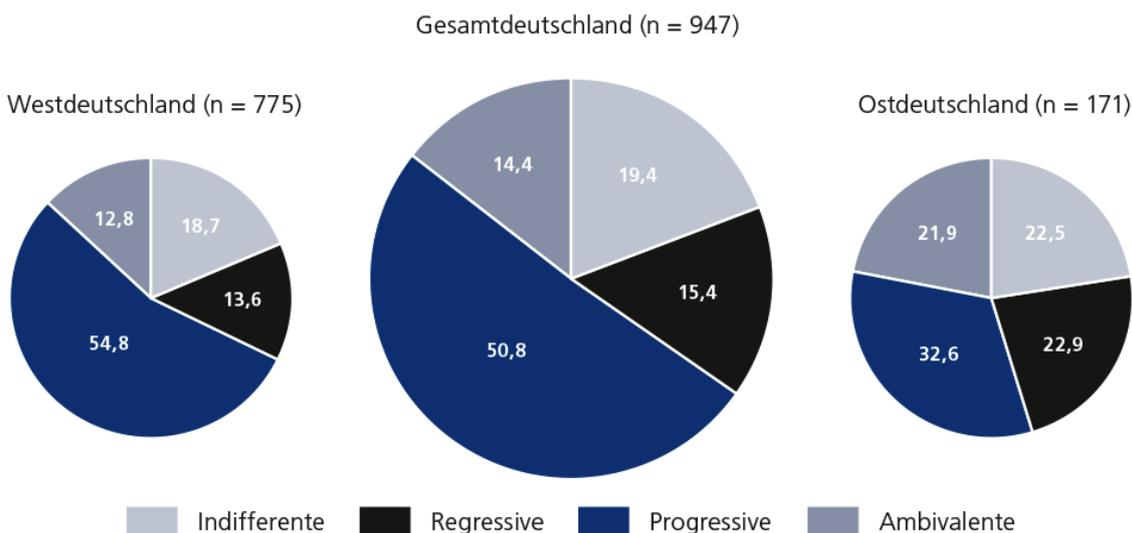
Knapp ein Drittel zeigt Verständnis für die Proteste und Blockaden von Klimaaktivist:innen und weitere 23 % finden diese zumindest teilweise nachvollziehbar. Sorgen vor den Folgen des Krieges in der Ukraine wie etwa steigende Energiepreise dämpfen jedoch die Zustimmung zur Energiewende und zum Klimaschutz. Mit 26,5 % aller Befragten meint sogar rund jede:r Vierte: „Wir sollten uns mit

Russland einigen und wieder mehr Gas und Öl von dort beziehen.“ Wer darüber hinaus zum Krieg die Position vertritt, Russland wehre sich gegen eine »Bedrohung durch den Westen« (22,5 %), argumentiert auch sonst eher gegen die Energiewende und den Klimaschutz. Dieser Teil der Bevölkerung neigt wiederum deutlich häufiger zu Demokratiemisstrauen, Populismus und rechtsextremen Einstellungen. Umgekehrt gilt: Wer Vertrauen in die Demokratie hat, und Populismus zurückweist, ist klimapolitisch progressiver eingestellt. 65 % der Befragten halten jedoch mehr Bürger:innenbeteiligung bei der Energiewende für nötig. Daran kann demokratische Kultur anknüpfen, meinen Prof. Dr. Beate Küpper und Dr. Fritz Reusswig:

»Der Klimaschutz braucht ein Mehr, kein Weniger an Demokratie. Klimapolitik bringt zwangsläufig Herausforderungen und Widersprüche mit sich, die offen angesprochen und ausgehandelt werden müssen. Das Hinterherrennen hinter der Minderheit der Gegner und Ausbremsen der Energiewende schadet Klimaschutz und der Demokratie gleichermaßen.“

**Klimapolitisch progressive und regressive Haltungen in vier Gruppen;  
für Gesamtdeutschland und nach Wohnort in Ost- oder Westdeutschland**  
(Angaben in Prozent)

Abb. 10.1



Anmerkungen n = Anzahl der Befragten.

### Einsamkeit und soziale Ungleichheit schwächen die gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie.

13 % der Befragten berichten, öfter oder häufig Einsamkeit zu erleben. Zugleich fühlen sie sich zuhause (28 %), auf der Arbeit (36 %), aber besonders auch im öffentlichen Raum (46 %) vermehrt unwohl. Wer denkt, ausgeschlossen und isoliert zu sein und das Gefühl hat, dass einem Gesellschaft fehlt, ist weniger krisenresilient, beteiligt sich politisch weniger und neigt eher zu menschenfeindlichen wie auch antidemokratischen Einstellungen als Personen, die seltener Einsamkeit erleben. Einsame Menschen haben auch weniger Vertrauen in die Demokratie und in die öffentlich-rechtlichen Medien. Auch die längere Entfernung zu beliebten Freizeitorten steht mit demokratiegefährdenden Einstellungen in Verbindung. Prof. Dr. Claudia Neu erklärt dazu:

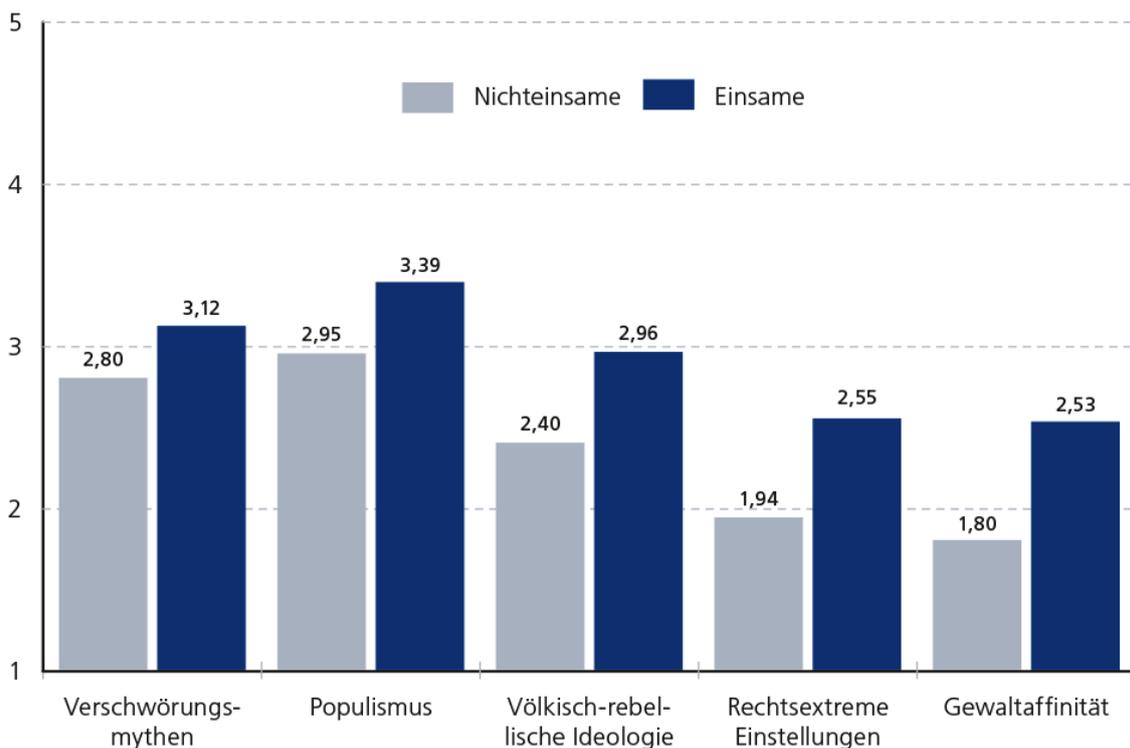
»Einsamkeit ist nicht nur ein bitteres persönliches Gefühl, vielmehr schwächt Einsamkeit das Vertrauen in Mitmenschen, Orte und Institutionen. Dies zeigt sich auch darin, dass

sich einsame Menschen einerseits häufiger Diskriminierung ausgesetzt sehen, andererseits zugleich aber auch eher zu Abwertungen anderer sozialen Gruppen neigen als Nicht-Einsame. Einsamkeit besitzt demokratiegefährdende Kraft.«

Dabei wirkt sich der sozioökonomische Status ebenso auf das Erleben und Denken der Menschen zur Politik und Gesellschaft aus. Befragte mit weniger Einkommen, niedrigerem Schulabschluss sowie jene, die angeben, eher »unten« in der Gesellschaft zu stehen, äußern häufiger Vorurteile gegenüber als »fremd« markierten Gruppen. Doch gerade auch Befragte der sozioökonomischen Mitte gehen zunehmend auf gefährliche Distanz zu demokratischen Normen und Werten der Gleichwertigkeit aller Menschen. Alexander Mavroudis von der Koordinationsstelle Kinderarmut im LVR-Landesjugendamt sagt beispielsweise: »Armutsprävention ist nicht zuletzt auch Demokratieförderung: Wenn Menschen sich mit ihren Bedarfen und Bedürfnissen gesehen und ernst genommen fühlen, werden sie sich auch als Gesellschaftsmitglieder verstehen und verhalten.«

Antidemokratische Einstellungen nach Einsamkeit (Mittelwerte)<sup>12</sup>

Abb. 12.4



**Anmerkungen** Die Unterschiede wurden mittels multivariater Varianzanalyse kontrolliert für die Kovariaten *Alter*, *Haushaltseinkommen*, *Aufgewachsen in Ost- oder Westdeutschland* und *Gemeindegröße* geprüft; alle Unterschiede sind signifikant mit  $p < ,01$ ; angegeben sind die arithmetischen Mittelwerte der zusammenfassenden Indizes; je höher der Wert, desto größer die Zustimmung auf der 5-stufigen Antwortskala.

Als ein Ort der Freizeit und gleichzeitig als Teil der Zivilgesellschaft ist Fußball mitten in der Gesellschaft verankert. Insgesamt zeigt sich unter Fußballvereinsmitgliedern jedoch, dass rassistische Einstellungen deutlich ausgeprägter sind als unter Befragten, die angeben, keine oder eine andere Sportvereinsmitgliedschaft zu haben. Es gilt, antirassistische Initiativen zu stärken und sichtbarer zu machen, einen kontinuierlichen Rassismus-Monitor im Vereinssport und im Fußballsport einzuführen

und unabhängige Beschwerdestellen für von Rassismus und Diskriminierung Betroffene im Sport zu schaffen bzw. zu stärken: »Die aktuelle Mitte-Studie zeigt deutlich, dass rassistische Einstellungen vor allem im Fußball virulent sind. Dass es seit 2016 keine Neuauflage einer „Rassismus-Task-Force“ im Fußball gibt, wird mit Blick auf die kommende Fußball-EM 2024 herausfordernd für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.« (Dr. Hannes Delto, Universität Osnabrück)

**Zustimmung zum Index Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit  
nach Sportvereinsmitgliedschaft** (Angaben in Prozent)

**Tabelle M11.4**

	Sportvereinsmitgliedschaft	
	Fußballvereine (n = 206)	Andere Sportvereine (n = 343)
GMF-Index	14,1***	5,2***

**Anmerkungen** \*\*\* =  $p \leq ,001$ ; n = Anzahl der Befragten.

**Politische Bildung für eine (nicht) distanzierte Mitte**

Trotz Demokratieförderprogrammen ist in den Ergebnissen der Mitte-Studie 2022/23 ein »Rechtsruck« in Teilen der Gesellschaft zu verzeichnen. Dahinter liegt auch ein Fehlverständnis dieser Programme mit Blick auf die Funktionslogiken politischer Bildung: Diese muss weit über das Verständnis von Extremismusprävention gefördert und bildungspolitisch ermöglicht werden und dies nicht nur in Projektform. Gefördert und gestärkt werden müssen durch politische Bildung die Demokrat:innen. Dies leisten die aufgelegten Präventionsprogramme zu wenig. Zugleich müssen sich politische Akteur:innen wie Parteien, Politiker:innen, Medien eindeutig und sichtbar von rechten, menschen- und demokratiefeindlichen Positionen distanzieren und diese nicht als zugehörig zum demokratischen Meinungsspektrum legitimieren. Sie selbst fungieren als politische Bildner:innen und müssen dies stärker reflektieren.

Darüber hinaus thematisiert die Mitte-Studie auch Einsamkeit und identifiziert »Unwohlorte« wie Schule, Arbeit, Ausbildung, aber auch öffentliche Räume. Dies sind zentrale Räume politischer Sozialisation, (Lern-)Räume des Zusammenkommens von Menschen, an denen Konflikte verhandelt und Kompromisse geschlossen werden. All diese Strukturen benötigen eine Demokratisierung und Sensibilisierung für Diskriminierungen. Dazu gehören Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, Diskriminierungsschutz sowie Solidarität. Angebote politischer Bildung fördern solche demokratischen Entwicklungsprozesse. Während vermehrt der Ruf nach affirmativer ökonomischer und Finanzbildung laut wird, damit die einzelnen Menschen in Zeiten der Inflation sparen lernen und für die Zukunft vorsorgen, plädiert die politische Bildung für einen kritischen Blick auf (auch globale) Macht- und Herrschaftsstrukturen sowie eine kapitalismuskritische Bildungsarbeit. Die neoliberale Leistungsgesellschaft hat immer stärker spürbare Schattenseiten und evoziert bei denjenigen, die jenem Leitbild nicht entsprechen, Hass und Demokratiedistanz. Das Infragestellen dieser Strukturen ist zugleich eine Grundlage, wenn eine sozial-ökologische Transformation wie zur Bearbeitung der Klimakrise gelingen soll.